

Oliver Fehren

## Gemeinwesenarbeit als intermediäre Instanz: emanzipatorisch oder herrschaftsstabilisierend?

In den vergangenen zehn Jahren hat die Orientierung am Sozialraum in Sozialpolitik und Sozialer Arbeit zunehmend an Bedeutung gewonnen, von einer »diskursiven Dominanz sozialräumlicher Orientierungen«<sup>1</sup> ist die Rede. Die Reaktionen auf die zumindest auf der Verlautbarungsebene stattfindende Wiederentdeckung des Sozialraums sind gespalten. Einige begreifen die Entwicklung als durchschlagenden Erfolg: »Die Revolution ist vorbei, wir haben gesiegt.«<sup>2</sup> Andere begleiten die zunehmende Verbreitung sozialraumorientierter Handlungsansätze weniger euphorisch, bei ihnen weckt die derzeitige Anschlussfähigkeit der Sozialraumorientierung an den gesellschaftlichen »mainstream« Skepsis. Es erhebt sich die Kritik, dass mit der flächendeckenden Einführung sozialräumlicher Orientierungen Verflachungen einhergegangen sind, so dass nun eine politische Produktivität im Sinne der klassischen parteilichen Gemeinwesenarbeit (GWA) nicht mehr zu erkennen sei.<sup>3</sup> Vielmehr würde die »neue« Sozialraumorientierung eine herrschaftsstabilisierende Funktion im Sinne eines »Regierens durch Community«<sup>4</sup> einnehmen, als Erfüllungsgehilfe des aktivierenden Sozialstaats die Bürger im Sinne einer Privatisierung öffentlicher Belange zum Lückenbüßer abnehmender wohlfahrtsstaatlicher Leistungen machen<sup>5</sup> und eine »Einschließung« der Deprivierten in ihren benachteiligten Stadtteilen begünstigen.<sup>6</sup>

Vorbehalte  
gegen  
Sozialraum-  
orientierung

Am Beispiel des »Urquells« sozialräumlicher Sozialarbeit, der Gemeinwesenarbeit, werden im Folgenden einige der Kritiken an sozialräumlichen Orientierungen diskutiert. In den Fokus rücken dabei die Funktionsveränderungen, die mit der Weiterentwicklung der Gemeinwesenarbeit zu einer intermediären Instanz einhergehen. Gemessen an der Anzahl professionell Tätiger<sup>7</sup> ist die Gemeinwesenarbeit gewiss ein vernachlässigenswerter und wenig repräsentativer Bereich für sozialräumliche Soziale Arbeit. Die Diskurse um die Funktionsveränderungen innerhalb der GWA im engeren Sinne spiegeln jedoch an vielen Punkten die Kritik an der »neuen« Sozialraumorientierung wieder. Gerade in Auseinandersetzung mit den Konzeptionen einer sich intermediär verstehenden GWA lassen sich die Gewinne und Verluste bilanzieren, die mit der Erweiterung

Beispiel  
Gemein-  
wesenarbeit

1 Abeling/Ziegler, 2004: 274.

2 Preis in einem Interview in Hinte/Lüttringhaus/Oelschlägel, 2001: 35.

3 Vgl. Otto, 2002; Widersprüche, 1997.

4 Vgl. Rose, 2000.

5 Vgl. Wohlfahrt, 2004.

6 Vgl. Kessl/Otto/Ziegler, 2002.

7 1991 definierten sich 84 Projekte in Deutschland als gemeinwesenarbeitstypisch (vgl. (Fronczek/Lensing, 1991). Da sich seit dieser Zeit kein Boom für GWA-Projekte ausmachen lässt, würde es mich sehr wundern, wenn in unserem Land mehr als 300 Sozialpädagogen/innen in der Gemeinwesenarbeit beschäftigt sind.

Raum oder  
Gemein-  
wesen

revolutionär-klassenkämpferischer Selbstdefinitionen um Positionen genau zwischen Integration und Konfliktorientierung einhergehen.<sup>8</sup>

Nicht berücksichtigt wird im Folgenden die grundsätzliche Kritik an den vermeintlich unzulänglichen Raumkonzepten sozialraumorientierter Sozialer Arbeit.<sup>9</sup> Eine raumtheoretische Fundierung (z.B. im Sinne von Pierre Bourdieu oder Martina Löw) ließe für die GWA auch nur eine bedingte Erhellung ihrer operativen Orte erwarten, da das Interesse der GWA, wie Abeling/Ziegler zurecht bemerken, »nicht dem Raum [gilt], sondern dem lokalen Gemeinwesen.<sup>10</sup>

### Gemeinwesenarbeit als intermediäre Instanz

Mit der mit dem Namen Wolfgang Hinte verbundenen Einführung intermediärer Konzeptionen in die Gemeinwesenarbeit und ihrer Integration in Modelle des Quartiermanagement gingen immer Zweifel einher: Führt dieser »Shift zur Intermediarität« tatsächlich zu mehr spürbaren Verbesserungen für benachteiligte Stadtteile und die darin lebende Bevölkerung als die klassische Gemeinwesenarbeit, oder handelt es sich dabei nur um eines der sich zunehmend verfeinern, stärker in die Lebenswelten eindringenden Herrschaftsinstrumente? Der Vorwurf der Herrschaftsstabilisierung war und ist dabei für die gemeinwesenarbeitsorientierte Profession recht ungewohnt, pflegt doch gerade diese ein ausgesprochen gesellschaftskritisches Selbstbild und begreift sich traditionell als systemdehnende Praxis und (einzig) gesellschaftstheoretisch aufgeklärte Methode der Sozialen Arbeit. Unterstellungen, man würde das Volk aufwiegeln und sei nicht ausreichend staatstragend, ist man hier gewohnt. In die Nähe des Klassenkampfes gerückt zu werden, gereicht den Professionellen der GWA vermutlich sogar zur Ehre. Verwirrung entsteht jedoch, wenn das stets behauptete kritisch-emanzipatorische Potenzial der Gemeinwesenarbeit in Frage gestellt wird. Die Kritik von »links«, GWA erweise sich als enorm anschlussfähig an aktuelle Herrschaftslogiken, wie sie unter den Begriffen »Gouvernementalität« und »aktivierender Staat« gefasst werden, fordert daher das Selbstverständnis der Gemeinwesenarbeit besonders heraus.

### Funktion der Intermediären

Intermediarität in der Gemeinwesenarbeit meint das Zusammenführen von Bedarfen, Ideen, Ressourcen und Menschen. Die besondere Qualität der intermediären Instanzen besteht dabei im Aufbau weitverzweigter, stabiler Kooperationsnetzwerke. Nach Maier fallen intermediären Instanzen unabhängig vom jeweiligen Handlungsfeld folgende Aufgaben zu:

Dialog-  
management

- Kommunikation zwischen verschiedenen Organisationen mit je eigenen Strukturen, Logiken und Kulturen zu ermöglichen
- eine Rückkoppelung dieser ausdifferenzierten Systeme an ihre Nutzer und damit die Lebenswelt der Menschen zu fördern und in einem kommunikativen Prozess befriedigende Lösungen für anstehende Probleme zu finden.<sup>11</sup>

<sup>8</sup> Vgl. Oelschlägel, 1994.

<sup>9</sup> Einen umfassenden Überblick über die Kritiken liefert: Projekt »Netzwerke im Stadtteil«, 2005.

<sup>10</sup> Abeling/Ziegler, 2005: 273.

<sup>11</sup> Vgl. Maier: 300.

Bezogen auf die Gemeinwesenarbeit wird die intermediäre Funktion der Vermittlung zwischen Lebenswelt und System in der Regel verstanden als Vermittlung zwischen den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil einerseits und den Entscheidungsträgern und steuernden Instanzen in Politik, Verwaltung und Unternehmen andererseits.<sup>12</sup> Als »Fachleute für Kommunikation« ist es die Aufgabe der intermediären Instanzen, »einen kommunikativen Prozess zu organisieren, in dessen Verlauf Menschen sich (über die offiziell legitimierten Organisationen hinaus) in politische Willensbildungsprozesse einklinken und somit der oft erdrückenden Komplexität ein Stück Ordnung und Überschaubarkeit entgegengesetzen können«.<sup>13</sup> Als Mittler zwischen den Welten sind die Intermediären dabei bemüht, wechselseitiges Verständnis und Transparenz zu schaffen. Im Gegensatz zur klassischen »parteilichen« GWA bereiten die Intermediären dabei nicht nur vornehmlich die Bürger/innen sondern alle beteiligten Akteure auf den Dialog vor.<sup>14</sup> GWA als intermediäre Instanz kultiviert kein einseitiges Vorgehen von »unten gegen oben«<sup>15</sup>, sie betreibt Dialogmanagement nach allen Seiten:

Vermittlung  
zwischen  
Lebenswelt  
und System

- »zwischen konfligierenden Interessen der Wohnbevölkerung (horizontal)
- zwischen konkurrierenden Teilen der Verwaltung (horizontal)
- zwischen verschiedenen Bewohnergruppierungen und jeweiligen AnsprechpartnerInnen in der Bürokratie (vertikal)«.<sup>16</sup>

Trotz der Betonung auf das Management von Dialogen, werden Intermediäre z.T. auch selbst zum Informationsträger, zum »Postboten« für andere »Absender« und »Adressaten«: Sie liefern seriöse Zustandsbeschreibungen aus der Lebenswelt für Politik und Verwaltung und stoßen im politischen System Lernprozesse an. In umgekehrter Richtung transportieren sie in der Organisationsarbeit mit den Bürger/innen die knappe Ressource »politisches Steuerungswissen« in die Lebenswelt.

Neben den vermittelnden Aufgaben nehmen die Intermediären weiterhin die traditionellen gemeinwesenarbeitsfunktionellen Funktionen in der Lebenswelt wahr, die Bürger/innen dabei zu unterstützen, ihre Stimme zu erheben. Dazu gehört:

- das Aufgreifen unterschiedlicher Interessen, Wahrnehmungen und Vorstellungen der Bewohner/innen zum Zusammenleben
- die Schaffung von Transparenz über Unterschiedlichkeiten und Gemeinsamkeiten
- die Entwicklung von Handlungsoptionen und Handlungsstrategien
- die Förderung von Selbsthilfe und
- die Anregung von Kooperation und Vernetzung.<sup>17</sup>

Dieses vielfältige Aufgabenspektrum stellt enorm hohe Anforderungen an die professionelle Rollenklarheit: Mit der Anforderung »in einer Person« sowohl klassische Aufgaben der Gemeinwesenarbeit (Bürger/innen aktivieren und organisieren) als auch intermediäre Funktionen einzunehmen, geht zumindest potenziell die Gefahr einher, dass die Professionellen sich im Dickicht der Rollenvielfalt verirren. Zur Reduzierung solcher Rollenkonflikte und zur stärkeren Akzentuierung der Funktionen haben Franke/Grimm im Rahmen des Quartiermana-

Gefahr des  
Rollen-  
konflikts

12 Hinte, 1994: 79.

13 Hinte, 1996b: 105.

14 Lüttringhaus, 2000: 140.

15 Dies.: 137.

16 Vgl. Hinte, 1998: 158.

17 Vgl. Grimm, 2004: 90f.

Essener  
Modell des  
Quartier-  
manage-  
ments

giment ein Organisations-Modell entwickelt, das diesen unterschiedlichen Rollen Rechnung trägt.<sup>18</sup> Die Aufgabenbereiche der Stadtteilarbeit einerseits sowie der Intermediären andererseits werden in diesem Modell verschiedenen professionellen Handlungsebenen und damit auch verschiedenen beruflich handelnden Personen zugeordnet.<sup>19</sup>

## Voraussetzungen für die Übernahme intermediärer Funktionen

Klaus Selle<sup>20</sup> benennt drei organisatorische Merkmale, die intermediäre Instanzen aufweisen müssen:

1. größtmögliche organisatorische und mentale Unabhängigkeit
2. Legitimation der eigenen Vermittlungstätigkeiten gegenüber Kontrollgremien, die sich aus Vertreter/innen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen zusammensetzen
3. not for profit: Intermediäre Instanzen sind (gemeinnützige) Organisationen, die keine Gewinne erwirtschaften.

Institutionel-  
le Autonomie  
der inter-  
mediären  
Instanzen

Im Kontext von Quartiermanagement-Prozessen trifft man regelmäßig auf Professionelle, die ihre berufliche Funktion als eine Intermediäre bezeichnen oder ihre Rolle zumindest mit den für intermediäre Instanzen gern verwendeten Synonymen »Scharnier« oder »Gelenkstück« beschreiben. Vielfach sind diese selbst ernannten Intermediären jedoch Angestellte der kommunalen Verwaltung und weisen damit eine für Intermediäre ungesunde strukturelle Nähe zum kommunalen Staat und seiner Handlungslogik auf. Sicherlich können diese KollegInnen einzelne Aufgabenbereiche intermediärer Instanzen, wie z.B. Netzwerkarbeit oder Projektmanagement hervorragend ausführen. Für den Kern intermediären Agierens fehlt ihnen jedoch die notwendige institutionelle Unabhängigkeit. Hinte<sup>21</sup> und Selle<sup>22</sup> haben schon vor über zehn Jahren eindeutig darauf hingewiesen, dass intermediäre Instanzen nicht der kommunalen Selbstverwaltung zugehören dürfen: »Solche vermittelnden Instanzen dürfen ausdrücklich nicht Bestandteil einer staatlichen oder kommunalen Verwaltung sein, also dem akuten Handlungsbedarf eines großen bürokratischen Apparats unterliegen oder in Entscheidungs-zentralen angesiedelt sein.«<sup>23</sup>

Die intermediäre Funktion besteht in der Vermittlung zwischen der Sphäre der Privatheit (Lebenswelt) und dem Bereich von Ökonomie und Staat (System). Da somit sowohl Unternehmen als auch die Kommune als lokaler Staat als Träger intermediärer Instanzen wenig geeignet erscheinen, rücken die Wohlfahrtsverbände in den Blick. In der Vergangenheit zählte man die Wohlfahrtsverbände

<sup>18</sup> S. Franke/Grimm, 2002.

<sup>19</sup> Meines Wissens ist die Stadt Essen jedoch die einzige Kommune, die dieses Modell umsetzt und im Rahmen ihrer Quartiermanagement-Prozesse neben der Ebene der Stadtteilarbeit konsequent auch intermediäre Instanzen installiert.

<sup>20</sup> Selle, 1990: 210.

<sup>21</sup> Hinte, 1994.

<sup>22</sup> Selle, 1994.

<sup>23</sup> Hinte, 1994: 79.

tatsächlich zu den Vereinigungen, die diese intermediären Funktionen wahrnehmen können. Es mehren sich jedoch die Stimmen, die den Wohlfahrtsverbänden die Voraussetzungen für intermediäres Agieren absprechen. Zu stark ist ihr Streben nach Marktförmigkeit, zu groß sind ihre korporatistischen Verflechtungen mit dem Staat. Blaumeiser bezeichnet diese Entwicklung der Wohlfahrtsverbände als eine Wanderung aus den Anfängen im intermediären Bereich über eine Stellung als parastaatliche Anbieter (nahe dem Bereich Staat) hin zu einer – vorerst noch – politisch abgesicherten Vormachtstellung in einem lokalen Markt.<sup>24</sup>

Bauer weist auf die Gefahr hin, wie schnell Intermediarität zu einer Form korporatistischen Paktierens mit dem Staat führt und damit die Entwicklung einer anderen, als der vorherrschenden konservativ-etatistischen Orientierung behindert.<sup>25</sup> Anhand von Beispielen aus der non-profit-Forschung zu Wohlfahrtsverbänden zeigt er auf, wie diese nicht staatlichen Organisationen schnell den staatlichen Steuerungsdirektiven unterliegen, die von den non-profit Organisationen dann ihren Adressaten gegenüber »nach unten« verstärkt und weitergegeben werden. Damit erfüllen sie also die Habermassche Forderung an die Funktion intermediärer Instanzen, »die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterzuleiten«<sup>26</sup> genau nicht, sondern behindern diese. Die Wohlfahrtsverbände sind nur bedingt in der Lage, intermediäre Funktionen zu übernehmen. Intermediarität benötigt immer sowohl eine bottom up als auch eine top-

down Legitimation. Intermediäre müssen Vertrauen in verschiedene Richtungen entwickeln, sonst verlieren sie das öffentliche Mandat für die intermediäre Rolle. Intermediarität lebt von einer starken Verbindung mit und gleichzeitiger Unabhängigkeit von den verschiedenen Akteursebenen. Zur Gewährleistung der größtmöglichen Unabhängigkeit benötigen intermediäre Instanzen einen besonderen institutionellen Background. Personen bzw. Institutionen, die die strukturellen Voraussetzungen für die intermediäre Rolle nur bedingt mitbringen, aber dennoch als Intermediäre auftreten, verwässern diesen Ansatz. Für die Etablierung von Intermediarität sind dringend neuartige Trägerkonzeptionen notwendig, die größtmögliche Unabhängigkeit mit gesellschaftlicher Legitimation und damit auch mit einer Machtposition kombinieren.<sup>27</sup> Eine große Herausforderung für Soziale Arbeit, die bis heute kaum Wege gefunden hat, sich jenseits kommunaler und wohlfahrtsverbandlicher Strukturen zu etablieren.

Unabhängige  
Träger-  
konstruktion

## Kritik I: Aufgabe der Parteilichkeit

Wolfgang Hinte führte Anfang der 90er Jahre die Intermediarität als Alternativbegriff zur (vermeintlich) naiven Parteilichkeit der im Geiste der 70er Jahre verfangenen Gemeinwesenarbeiter/innen ein.<sup>28</sup> Sein Vorstoß zielte darauf ab, durch das intermediäre Profil den Einflussbereich der GWA auf andere Politik- und Verwaltungsbereiche auszudehnen.<sup>29</sup> Ob in Deutschland tatsächlich GWA-Konzeptionen vertreten wurden, die distanzlos zu naiver Solidarität mit den benachteiligten Bürger-(gruppen) auffordern, darf bezweifelt werden. Unabhängig

Ausdehnung  
des Einfluss-  
bereichs

<sup>24</sup> Vgl. Blaumeiser, 2002 zit. nach Maier 2003: 304.

<sup>25</sup> Vgl. Bauer, 1997: 137.

<sup>26</sup> Habermas, 1998: 443.

<sup>27</sup> Ein Beispiel aus der Stadt Essen: Hier wurde, basierend auf einem Kooperationsvertrag mit der Kommune, die intermediäre Funktion in Prozessen der Stadtteilentwicklung einem Universitäts-Institut zugesprochen. Es bleibt die Frage, ob auch andere sinnvolle Konstruktionen für die institutionelle Aufhängung intermediärer Instanzen im Rahmen von Sozialer Arbeit existieren, oder ob Essen ein unübertragbares »Orchideen-Modell« darstellt, das nur unter den spezifischen lokalen Bedingungen gedeiht.

<sup>28</sup> Vgl. Hinte 1994: 83.

<sup>29</sup> Ders., 1994: 81.

Erweiterung  
von  
Handlungs-  
optionen

von ideologischen Grabenkämpfen der Vergangenheit kann aber davon ausgegangen werden, dass »nicht-intermediäre« GWA-Konzeptionen eher dazu tendieren, Interessenkonflikte als antagonistisch aufzufassen und darüber hinaus eine prinzipielle Distanz gegenüber der Welt der Institutionen aufweisen. Die polemische Formel der »Verfahrenheit im Geist der 70er Jahre« und der »naiven Parteilichkeit« legte allerdings nahe, Gemeinwesenarbeiter/innen würden ihre Parteilichkeit quasi in Form einer Verbrüderung mit den Entrechteten ausleben. Darüber hinaus konnte so der Eindruck entstehen, dass es bei der intermediären Neuausrichtung der Gemeinwesenarbeit nicht mehr um Einmischung gehe, sondern nur noch um neutrales, konfliktvermeidendes Vermitteln.<sup>30</sup> Die Einführung intermediärer Funktionen in die GWA war im Kern jedoch nicht ein Kontrapunkt zur Parteilichkeit, sondern eine Erweiterung bisheriger Handlungsansätze der GWA, mit der Parteilichkeit keineswegs ausgeschlossen wird: Soziale Arbeit als intermediäre Instanz findet statt mit einer »je nach Bedarf konfrontierenden, integrierenden oder moderierenden Haltung«<sup>31</sup> Mit dieser Flexibilisierung der Haltung vergrößert die GWA das Repertoire ihrer Handlungsoptionen und damit ihre Freiheitsgrade und Einflussbereiche ungemein. Den Wandel hin zur Überschreitung von Ressortgrenzen beschreibt C.W. Müller anschaulich: »Ich bekenne, dass ich nach meinen Erfahrungen an der nordamerikanischen Westküste in den frühen sechziger Jahren nicht sehr bereit war, die Zusammenarbeit mit ‚Wirtschaft und Handel im Stadtteil‘ als wesentliches Element von GWA zu propagieren. Ich habe in dieser Frage meine Position revidiert. Ich denke heute [...], dass die Aufwertung und Befriedung eines problematischen Wohngebiets nicht ohne die aktive Mitarbeit der dort ihr Gewerbe betreibenden HandwerkerInnen, HändlerInnen und DienstleisterInnen zu machen ist.«<sup>32</sup>

Notwendig-  
keit der  
Parteilichkeit

Kritiker/innen des intermediären Ansatzes werfen jedoch ein, es gäbe antagonistische Interessenkonflikte und Klassengegensätze, die eine intermediäre Rolle der Sozialen Arbeit verbieten und eindeutiges Parteiergreifen für Benachteiligte erfordern. Dem ist grundsätzlich zuzustimmen, einige Einwände müssen aber bedacht werden:

1. Auch zwischen einzelnen benachteiligten Bevölkerungsgruppen im Stadtteil kommt es zu antagonistischen Lagerbildungen. Für wen will die GWA da parteilich sein? Die Gemengelage im Stadtteil ist selten so übersichtlich, dass deutlich wäre, mit wem man da Partei ergreift. Eine Rückkehr zur Parteilichkeit hätte für GWA die Konsequenz, ihre zielgruppenübergreifende Orientierung an einem in der Regel recht heterogenen lokalen Gemeinwesen aufzugeben. Wer also an einer eindeutig parteilichen Haltung festhalten will, müsste dann eine deutlichere Differenzierung seiner Zielgruppen vornehmen (z.B. nur Arbeitslose, nur Einkommensschwache,...).<sup>33</sup>
2. Unbestritten existieren antagonistische, nicht vermittelbare Interessengegensätze

30 Ein Beispiel für solch eine polarisierende Wahrnehmung: »Eindeutige Parteilichkeit für die Betroffenen [...] bedeutet, dass GWA nicht die gern angenommene Vermittlerrolle übernimmt und sich um Verständigung und Versöhnung bemüht, sondern es heißt vielmehr, klar und öffentlich Partei zu ergreifen für die Benachteiligten und sich ausschließlich für ihre Belange einzusetzen« (Mohrlok/Neubauer/Neubauer/Schönfelder, 1993: 45).

31 Hinte, 1994: 79.

32 Müller, 2000: 19.

33 Für die parteiliche Mädchenarbeit fordern Bitzan/Daigler genau dies: Abrücken von dem in nichtstigmatisierender Absicht gehaltenen Anspruch, alle (Mädchen) erreichen zu wollen und begründete Konzentration auf bestimmte (Mädchen)-Gruppen. s. Bitzan/Daigler, 2001: 121.

zwischen System und Lebenswelt. Die entscheidende Frage ist jedoch, wie schnell professionelle Gemeinwesenarbeiter/innen bereit sind, Konflikte als antagonistische aufzufassen und sich ohne Umschweife in den Stellungskrieg zu begeben oder, wie lange sie andererseits in der Lage und Willens bleiben können, eigene Verhärtungen und möglicherweise auch Kränkungen zu überwinden, um zu versuchen, den vermeintlichen »Gegner« doch noch aus der beleidigten Ecke zu holen. Wie lange bemüht man sich, für die Rationalitäten »der anderen Seite« anschlussfähig zu bleiben? Wie lange sind Gemeinwesenarbeiter/innen vertrauenswürdiger Ansprechpartner für *alle* Konfliktpartner? Wie gut gelingt es, sich von keiner der an einer Auseinandersetzung beteiligten Parteien vereinnahmen zu lassen? Intermediären Instanzen geht es dabei nicht um harmonistische Konfliktvermeidung (denn gesellschaftliche Veränderungen bedürfen in der Regel des Konflikts), sondern um einen im Ergebnis produktiven Konflikt. Intermediarität ist also nicht notwendiger-

weise ein Gegenpol zu aggressiver Gemeinwesenarbeit. Hinte/Karas haben versucht, das Verhältnis der Intermediären zu Konfliktparteien mit einer Haltung, die sie »aggressive Konzilianz«<sup>34</sup> nennen, zu umschreiben. Widerstreitende Interessen können auf ganz unterschiedliche Weise aufeinanderprallen. Intermediäre Instanzen sind dabei immer bestrebt, diese widerstreitenden Interessen diskussionsfähig zu machen und Verhärtungen zu vermeiden. Auch im Verlauf scharf ausgetragener Konflikte schauen sie immer noch auf sich bietende Möglichkeiten des Aushandelns<sup>35</sup>: »Gegenüber beiden [Konfliktparteien O.F.] suchen die Individuen und Gruppen der intermediären Kultur nach weiterführenden Thesen. Bedeutsam an der intermediären Ausrichtung der Gemeinwesenarbeit ist also die Änderung der Aufmerksamkeitsrichtung: nicht das Gewinnen eines Konflikts durch eine Konfliktpartei steht im Vordergrund (Gewinner – Verlierer Lösung), sondern das Lösen von Problemen (ggf. als Win-Win Lösung).«<sup>36</sup>

**Intermediarität als aggressive Konzilianz**

Das Dilemma einer parteilichen Haltung in der Sozialen Arbeit besteht darin, dass sie zur Gegnerschaft zwingt, sie benötigt notwendig die Konstruktion von Antagonismen: »Problematisch am Parteilichkeitsbegriff ist seine implizite assoziative Verknüpfung mit einer identifizierbaren gegensätzlichen Interessenlage.«<sup>37</sup> Dabei fehlen konkrete Aussagen zu einem spezifisch methodischen Gehalt von Parteilichkeit, die über die für Soziale Arbeit generell geltenden Anforderungen zur Adressatenpartizipation und zur kritischen Reflexion des potentiellen Entmündigungscharakters sozialarbeiterischer Intervention hinausgehen.<sup>38</sup> Darüber hinaus verspricht Parteilichkeit innerhalb der Widersprüche der Sozialen Arbeit eine Orientierung und damit eine Entlastung von Ungewissheit. Mit dem Prinzip der Parteilichkeit werden diese Widersprüche jedoch einseitig aufgelöst. Die Grundkontroverse der Sozialen Arbeit, also die Frage »soziale Veränderung im Lebensinteresse der Menschen oder soziale Reform im Interesse des Systemerhalts« in eine Richtung aufzulösen, wäre jedoch ein naives Unterlaufen des Stands der Theoriebildung der letzten Jahrzehnte.<sup>39</sup>

**Problem der Parteilichkeit**

34 Hinte/Karas, 1989: 117. Diese Haltung ist geprägt von einer Unterscheidung zwischen den Einstellungen eines Konfliktpartners und seiner Person. Während seine Standpunkte sehr wohl aggressiv attackiert werden können, verhält man sich gegenüber seiner Person grundsätzlich konzilient, d.h. brückenbauend und verständnisvoll. Als Grenze für die Konzilianz gilt das Ausüben oder Dulden von unmenschlichem Verhalten gegenüber Schwächeren.

35 Hinte, 1994: 82.

36 Huber, 1980: 100.

37 Merchel, 2000: 61.

38 Vgl. Merchel, 2000: 53.

39 Vgl. Rauschenbach/Treptow, 1984: 39.

Die Frage nach der Parteilichkeit wird von den Befürworter/innen des intermediären Ansatzes selbst allerdings auch nur zum Teil beantwortet. Als Richtschnur für Parteilichkeit bieten diese eine Orientierung am Wohl des Stadtteils an:

»Diese intermediären Instanzen verstehen sich als (durchaus) parteiliche Vermittlerinnen, kommunikativ, kompetent und am Wohle des Stadtteils orientiert, zwischen verschiedenen Macht- und Einflussphären, die wechselseitig voneinander abhängig sind und ständiger Abstimmung bedürfen (wobei Abstimmung auch in einem handfesten Konflikt enden kann)«.40

Parteilichkeit  
für den  
Dialog

Eine Orientierung am Wohl des Stadtteils ist jedoch zunächst eine wehrlose Worthülse, mit der sich verschiedenste Handlungen begründen lassen. Entscheidend ist die dahinterliegende Frage, wer die Definitionsmacht darüber besitzt, was denn das Wohl des Stadtteils nun sei. Für die Frage nach der Parteilichkeit erhellender ist die Aussage, dass Intermediäre erst einmal nicht Partei für bestimmte Interessen nehmen, sondern Partei ergreifen für den Fortgang des Aushandlungsprozess.<sup>41</sup> Es fehlt aber bis heute eine präzise Beschreibung, welche Informationen die Intermediären mit den verschiedenen Akteuren teilen, welche Interessengruppen sie unterstützen und welche nicht und nach welchen Kriterien und normativen Setzungen sie dies entscheiden. An welcher Stelle beenden auch professionelle Dialogmanager/innen ihre Bemühungen um den Fortgang des Dialogs? Formulierungen wie »im Herzen parteilich, aber offen zu allen Seiten«<sup>42</sup> versuchen zwar die Janusköpfigkeit intermediären Agierens aufzuzeigen, tragen aber nur zu noch größerer Verwirrung bei, indem sie die Frage nach der Parteilichkeit rationalen Kriterien entziehen und nun zur Herzensangelegenheit erklären.

Die Funktionserweiterung der GWA zur intermediären Instanz, mit der die Begrenzungen klassischer Parteilichkeit überwunden werden sollen, präsentiert sich als un abgeschlossene Suchbewegung. Unklar bleibt, anhand welcher Kriterien die Intermediären sich jeweils für eine integrierende, konfrontierende oder moderierende Haltung entscheiden. Hier ist eine Präzisierung der professionellen Haltungen und normativen Setzungen dringend geboten, sonst besteht tatsächlich die Gefahr, dass die Gemeinwesenarbeit in ihrer intermediären Funktion im Meer der Beliebigkeit versinkt.

## Kritik II: GWA als Technologie neoliberaler Gouvernementalität

Verfeinerte  
Herrschafts-  
instrumente

Ein relativ neuer Kritikpunkt an der GWA lautet, dass diese (insbesondere in ihrer intermediären Variante) ausnehmend gut funktioniere, allerdings im Sinne einer Verfeinerung von Herrschaft. Damit liefe GWA jedoch Gefahr, Teil des neoliberalen Umbauprogramms zu werden und so ihre emanzipatorische Kraft zu verlieren. Sabine Stövesand warnt, GWA könnte »mit ihrem Credo von Aktivierung und Beteiligung, von Unterstützung der Handlungsfähigkeit und des

40 Hinte, 1996b: 109.

41 Lüttringhaus, 2000: 140.

42 Dies. 2000: 140.



sozialen Kapitals [...] als eine Technologie neoliberaler Gouvernamentalität betrachtet werden«.<sup>43</sup> Diese Einschätzung basiert auf der Analyse einer

»Verschiebung von Strategien des ›government‹ zu Strategien der ›governance‹ [...], mit welcher der Staat weniger direkt und über die Autonomie der zivilgesellschaftlichen Akteure hinweg agiert, als vielmehr in einer ›Regierung aus der Distanz‹ [...], mit welcher er die Autonomie der zivilen Akteure nicht unterdrückt, sondern lenkt, kanalisiert, aktiv für sich nutzt und dabei kooperativ durch die zivile Gesellschaft hindurch agiert«.<sup>44</sup>

Der Vorwurf bzw. die Sorge besteht nun darin, dass gerade die GWA die wesentlichen Instrumente für das ›Regieren aus der Distanz‹, das Steuern durch Kooperation und Selbstführung der Individuen bereithalte. Damit würde die GWA zur Einflugschneise einer Gouvernentalisierung des Gemeinwesens‹. Nach dieser Lesart lässt sich Intermediarität in der GWA dann nicht mehr im besten Habermasschen Sinne interpretieren als den Versuch, die Peripherie der Lebenswelten und die dort sichtbaren Konsequenzen politischer (Fehl-) Entscheidungen stärker an den politisch-parlamentarischen Komplex rückzubinden, um dessen Entscheidungen zu beeinflussen (ohne diesen aus seiner politischen Verantwortung zu entlassen). Im Zeitalter neoliberaler Gouvernentalität führt die Vermittlung zwischen der subjektiven Ebene der Lebenswelt und dem Regierungshandeln keineswegs zu einer größeren Sensitivität des politisch-parlamentarischen Komplexes. Vielmehr werden

Gouvernentalisierung des Gemeinwesens

»die Praktiken des Regierungshandelns auf Akteure außerhalb der traditionellen staatlichen Apparate vorverlagert, das heißt, die Rolle nicht staatlicher, autonomer sozialer Akteure – sowohl der Individuen, als auch von Organisationen verschiedenster Art – wird aufgewertet«.<sup>45</sup>

Dabei verzichtet der Staat nicht auf Herrschaft, sondern setzt einerseits verstärkt auf selbststeuernde, selbstregierende Technologien (Selbstführung) und andererseits auf Zwangsmaßnahmen. Für die Adressaten Sozialer Arbeit hat dies zur Konsequenz, dass die klassischen Risikogruppen nun zu aktiven Bürgern transformiert werden sollen, die sich selbst rational managen und die bei Verweigerung der Mitarbeit mit Sanktionierung durch den aktivierenden Staat zu rechnen haben.<sup>46</sup>

Aktivierender Staat

Mit dem Konzept der Gouvernentalität verbieten sich dann auch endgültig Selbstüberschätzungen der Disziplin hinsichtlich des emanzipatorischen Charakters Sozialer Arbeit. Fabian Kessl weist in diesem Zusammenhang auf die unheimliche Pointe der neosozialen Transformation wohlfahrtstaatlicher Arrangements hin: Es zeigt sich in bedrohlicher Weise, dass

»ein Primat der Selbstführung, wie es (sozial) pädagogische Programme seit langem dominiert und als anti-staatlicher Impuls motiviert, nicht zur erhofften ›subjektiven‹ Freisetzung als Möglichkeit führen muss, sondern auch zur Verpflichtung der Übernahme subjektiver Lebensgestaltungverantwortung erklärt werden kann – ob die Akteure wollen oder nicht.«<sup>47</sup>

Entgegen dieser skeptischen Interpretationen lassen sich die mit Gouvernentalität einhergehenden Entwicklungen jedoch auch als demokratischer Fortschritt begreifen. Die Funktionsweise von Herrschaft hat sich verändert. Ihre neue

43 Stövesand, 2004: 247.

44 Ziegler, 2002: 29.

45 Stövesand, 2004: 245.

46 Vgl. dies.: 247.

47 Kessl, 2005: 81.

Vermehrter  
Einfluss für  
Bürger

Qualität ist gekennzeichnet durch feingliedrigste Verästelungen der Macht. Herrschaft ist mittlerweile so stark vom Mit-Machen der Subjekte abhängig, dass zentralistisches »zaristisches« Durchregieren nach unten nicht mehr möglich ist. Ließ sich Preußen noch allein auf der Grundlage von Kasernen und Gesetzen regieren, so reichen dem Staat dazu Steuer- und Gewaltmonopol allein heute nicht mehr aus. Herrschaft muss heutzutage viel tiefer in die Lebenswelten der Bürger eindringen, die Distanz zu den Bürgern also verringern. Herrschaft funktioniert im Zeitalter der Gouvernamentalität nur noch, wenn sie sich eine breite Legitimationsbasis organisiert. Und genau dieser Umstand bedeutet zumindest potenziell eine Zunahme an demokratischen Einflussmöglichkeiten für die Bürger.

Aus Perspektive des Regierungshandelns sind sozialräumlich agierende intermediäre Instanzen naheliegende Instrumente zum »Eindringen in die Lebenswelt«. Im Zuge der allseits festgestellten Fragmentierung der Gesellschaft dürfte unbestritten sein, dass Politik und Verwaltung ein hohes Interesse an intermediären Instanzen haben, um ihre Steuerungsfähigkeit zu erhalten bzw. zu erhöhen:

»Die Nutzung dieser [intermediären O.F.] Moderatorenfunktion ist im Grunde eine der letzten Chancen bürgernahe Politik: Wer den Dialog mit den BürgerInnen sucht, muss auch Mit-

tel für die dauerhafte Einrichtung geeigneter Verfahren und Foren bereitstellen. Ansonsten wird die Kluft zwischen PolitikerInnen und BürgerInnen weiter anwachsen.«<sup>48</sup>

Aufgrund des recht eindeutigen Nutzens für die Ebene von Politik und Verwaltung, die auf Intermediäre Instanzen zur Umsetzung eines »guten Regierens« angewiesen sind, ergibt sich schnell der Verdacht, dass Gemeinwesenarbeit als intermediäre Instanz die Interessen der Wohnbevölkerung zu sehr aus dem Blick verliert, oder gar bewusst preisgibt.

### Kritik III: Preisgabe der Interessen der Wohnbevölkerung

Ein Vorwurf an die Gemeinwesenarbeit als intermediäre Instanz lautet, dass diese ihre traditionelle Nähe der GWA zur Lebenswelt zu stark aufgeben würde. Aufgrund dieser zunehmenden Entfernung von der Lebenswelt, kenne sie die Interessen der Wohnbevölkerung nicht mehr oder würde diese zumindest opfern und sich in der Folge nur noch institutionellen Rationalitäten verpflichtet fühlen.<sup>49</sup>

Beziehungs-  
aufbau zu  
allen Seiten

Die Erweiterung der GWA zur intermediären Instanz bedeutet jedoch, zu mehr Seiten als bisher kommunikationsfähig zu sein und damit ihre latente Institutionenferne aufzugeben. In der Praxis heißt das, den Kern jeder gemeinwesenarbeitertischen Tätigkeit, nämlich den Aufbau persönlicher Beziehungen, eben nicht nur auf Bewohner/innen in ihrem Stadtteil zu beschränken, sondern ebenso auf MitarbeiterInnen stadtteilrelevanter Institutionen und auf EntscheiderInnen aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung auszudehnen. Dazu gehören dann z.B. regelmäßige Hintergrundgespräche mit der Orts- und Ratspolitik, mit PfarrerInnen, Verwaltungsleuten, dem lokalen Einzelhandelsverband, SchulleiterInnen und ErzieherInnen aus der Kita. Diese Gespräche führen die Intermediären, um persönliche wie institutionelle Interessenlagen, Zwänge, Handlungsrationitäten und Ressourcen herauszufinden. Damit bietet sich dann die Möglichkeit, auch den

<sup>48</sup> Hinte, 1994: 80.

<sup>49</sup> Vgl. May, 2005: 536.

sozialen Staat aktivieren zu können (auf der Grundlage von Motivationen, an die man anknüpfen kann, die existieren auch bei Institutionen sehr wohl). Des Weiteren verschaffen sich die Intermediären so Kenntnisse darüber, wie die verschiedenen Institutionen »ticken«, eine wesentliche Voraussetzung, um den Dialog zwischen Lebenswelt und System überhaupt anfächern zu können. Vor allem aber geht es darum, Vertrauensbeziehungen zu den vielfältigen Akteuren des Gemeinwesens aufzubauen. Denn Intermediäre Instanzen benötigen eine Legitimations- und Vertrauensbasis sowohl »von unten« (der privaten Lebenswelt der Bürger/innen) als auch »von oben« (dem politisch-administrativen Komplex).

**Doppelte  
Legitima-  
tionsbasis**

Allerdings ist die permanente Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass die intermediären Instanzen sich zu weit von den Interessen der Wohnbevölkerung wegbewegen und diese kaum noch wahrnehmen. Wenn der intermediäre Balanceakt zwischen Lebenswelt und System misslingt, kippt er tendenziell zuungunsten der Lebenswelt. Das würde dann tatsächlich bedeuten, dass »der von den Intermediären aufrechtzuerhaltende erotische Spannungsbogen zwischen Institutionen und Lebenswelt zerreißt, die Intermediären fremdgehen und die Lebenswelt als betrogene Geliebte der Gemeinwesenarbeit zurückbleibt.«<sup>50</sup>

Damit solche Szenarien vermieden werden können, ist es notwendig, neben einem hohen Grad an Selbstreflexivität Formen lebensweltlicher Kontrollen zu installieren, die die GWA vor einem Absturz vom schmalen Grad der Intermediarität bewahren: eine Erweiterung der Legitimationsrichtung. Es müssen Verfahren eingeführt werden, mit denen die intermediäre Gemeinwesenarbeit sich nicht nur wie üblich gegenüber der lokalen Verwaltung und Politik, sondern auch gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen (insbesondere Bewohner/innen des Stadtteils) legitimieren kann und muss.<sup>51</sup>

Eine ganz wesentliche Sicherung der Lebensweltnähe liegt in der professionellen Biografie der Intermediären: In den mir vertrauten Stadtteilentwicklungsprozessen in Essen übernimmt niemand die intermediäre Funktion, der sich zuvor nicht schon in der stärker auf die BewohnerInnen fokussierenden Rolle der Stadtteilarbeit seine Lebensweltkenntnisse erarbeitet hat und sich so die unverzichtbare »street-credibility« für die intermediäre Rolle erworben hat. Das entkräftet auch die These, bei intermediären Instanzen handele es sich um die »eigentlich sozial Heimatlosen dieser Gesellschaft.«<sup>52</sup> Bei der Positionierung zwischen Lebenswelt und System lässt sich sehr wohl eine Gewichtung, eine Tendenz hin zur Lebenswelt ausmachen: Gemeinwesenarbeiter/innen als intermediäre Instanzen haben ihr Fundament »in der Lebenswelt des Wohnquartiers (dort organisieren, aktivieren und moderieren sie, dort sind sie bekannt ›wie ein bunter Hund‹ und von den Menschen akzeptiert); und von diesem Fundament aus erschließen sie sich

**Soziale  
Heimat der  
inter-  
mediären  
Instanzen**

<sup>50</sup> Preis, 2005: 4.

<sup>51</sup> In den Kontrollgremien, die im Rahmen des Quartiermanagement die GWA steuern, ist die Wohnbevölkerung in der Regel nicht vertreten. Eine allerdings wenig formale Zustimmung bzw. Ablehnung ihre Handelns erfahren Gemeinwesenarbeiter/innen natürlich als »Abstimmung mit den Füßen« über alle Formen von Bürgerversammlungen, Foren etc. Wenn diese »veranstalteten Öffentlichkeiten« gut besucht sind, kann die gemeinwesenarbeiterische Tätigkeit nicht so weit von den Interessen der Menschen entfernt sein.

<sup>52</sup> Grimm, 2004: 45.

Lebenswelt  
als Standbein

die lokale Macht- und Einflusszone (dort akquirieren sie Mittel, werben für Projektideen und bündeln verstreute Ressourcen für Aktivitäten im Stadtteil)«. <sup>53</sup> Die Lebenswelt ist das Standbein der intermediären Instanzen, das Agieren im System das Spielbein! Für das Ausfüllen der intermediären Funktion sind fundierte Kenntnisse der Lebenswelten in benachteiligten Stadtteilen die Voraussetzung. Das Kennenlernen und Beeinflussen des politisch-administrativen Komplexes, seiner Abläufe und Rationalitäten ist das neu zu Erlernende, auf das sich die Intermediären hinbewegen. Die Genese der Intermediarität hat demzufolge eine Richtung: von der Lebenswelt zum System.

Im Gegensatz zu den unbedarft Neutralität vermittelnden Synonymen für intermediäre Instanzen wie »Schmieröl« und »Gelenkstück« sind Umschreibungen wie »nicht mit den Wölfen heulen, aber in der Lage sein, mit ihnen zu tanzen« <sup>54</sup> angemessener, weil sie deutlich machen, dass Intermediarität mitnichten positionlos ist und gleichzeitig andeuten, dass die intermediäre Funktion riskant und brüchig ist.

#### Kritik IV: Rückzug ins Wohlfahrtsmanagement

Ein weiterer Einwand lautet, dass GWA als intermediäre Instanz reines Wohlfahrtsmanagement betreibt und ein sozialtechnologisches Verständnis Sozialer Arbeit habe, bei dem es nur noch um die Optimierung zerfasernder Arbeitsbereiche Sozialer Arbeit und kommunaler Administration unter dem Aspekt von Effektivität und Effizienz gehe. <sup>55</sup> May kritisiert, dass GWA als Intermediäre Instanz sich nur auf zwei Ziele bezieht, nämlich:

- |   |   |
|---|---|
| <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Verbesserung sozialer Beziehungen auf der Ebene von Institutionen und Inter-Gruppen-Beziehungen sowie</li> <li>2. ein aufeinander Abstimmen von Bedürfnissen und Hilfsquellen, auch die Erschließung</li> </ol> | <p>neuer Ressourcen beinhaltend, um die kontinuierliche Anpassung der Ressourcen an Bedürfnisse zu erreichen.</p> |
|---|---|

Voraussetzungen für  
Bürgerorganisation

Diese Kritik erscheint aus zwei Gründen fraglich. Erstens weisen Qualität und Quantität sozialstaatlicher Institutionen in benachteiligten Stadtteilen z.T. erhebliche Mängel auf (»poor communities receive poor services«), oder die Institutionen haben zumindest Schwierigkeiten, den besonderen Lebenslagen ihrer Nutzer/innen ausreichend gerecht zu werden. Diese Tatsache macht es notwendig, genau hier Abhilfe zu schaffen und Qualität, Sensitivität und Ressourcen der sozialen Dienstleister in benachteiligten Stadtteilen zu verbessern. Auch der Widerstand der Benachteiligten benötigt Voraussetzungen wie z.B. Zugang zu Bildung, Soziale Sicherungssysteme, Kinderbetreuung. Die Anpassung der Institutionen an die individuellen Interessen und Bedürfnisse »wie ein Seidenkleid an den gesellschaftlichen Körper« ist keine harmonistische Ideologie, sondern eine Forderung aus der französischen Revolution um die Konflikt- und Organisationsfähigkeit der Bürger zu stärken.

Im Unterschied zur klassischen GWA dehnen die Intermediären ihren Aktionsradius vermehrt auf das institutionelle Umfeld des Gemeinwesens aus. Ihr

<sup>53</sup> Hinte, 1996a: 9.

<sup>54</sup> Hinte, 1994: 86.

<sup>55</sup> May et al., 2005: 533f.

Augenmerk gilt dabei institutionellen Dysfunktionen: Wenn es für geäußerte Themen und Bedarfe keine Ressorts bzw. Institutionen gibt, oder bestehende Ressorts diese Probleme nicht sinnvoll aufgreifen, dann nehmen sich Intermediäre dieser Themen an, um die Regelstrukturen zu den notwendigen Anpassungsleistungen zu aktivieren. Sie sind so etwas wie der »modernisierungspolitische Hütehund«, der darauf achtet, welche »Schafe« im Gemeinwesen besonders zurückbleiben. Intermediäre setzen sich dabei den Hut nur für die Themen auf, die von den vorhandenen Institutionen nicht oder unzureichend bearbeitet werden.<sup>56</sup> Dabei agiert die Intermediäre Instanz als themenoffener und ressortspezifischer »Troubleshooter«.

Aktivierung  
der Regel-  
strukturen

Zweitens bewegt sich Gemeinwesenarbeit als intermediäre Instanz auch in Handlungsfeldern, die mit dem Sozialwesen nicht oder nur bedingt zu tun haben. Die intermediären Instanzen entwickeln Fachkompetenz für nicht dem Sozialwesen zuzurechnende Bereiche und für andere Politikfelder, sie überschreiten Ressort- und Professionsgrenzen.<sup>57</sup> Allerdings stehen in der Praxis den recht starken und vertrauensvollen Kontakten in die Welt der sozialen Institutionen und in die politische Sphäre meist eher rudimentäre Vernetzungen zur Wirtschaft, also zu Kaufleuten, Handwerksbetrieben, Discountern, fliegenden Händlern und Immobilieneigentümern gegenüber.

Über-  
schreitung  
von Ressort-  
grenzen

Die Grenzüberschreitungen in Gebiete jenseits »des Sozialen« werden zunehmend schwerer, weil die Komplexität und Ausdifferenzierung der für die Intermediären fachfremden Institutionen zunimmt, und diese damit schwerer von außen durchdrungen werden können. Es ist durchaus möglich, dass die Verwurzelung der Intermediären Instanzen in der sozialpädagogischen Profession so sehr limitiert, dass sie die von Grimm reklamierte Ausdehnung in andere Handlungsbereiche (insbesondere in die Wirtschaft) nicht ausreichend vollziehen können: »Sie [*die Intermediären, O.F.*] müssen sich in der komplexen und bürokratisch geregelten Welt der Institutionen und der an Macht orientierten Entscheidungsebene der Politik ebenso auskennen wie im gewinnorientierten Wirtschaftssektor.«<sup>58</sup> Daher sollte für die Zukunft darüber nachgedacht werden, ob eine Spezialisierung, im Sinne ressortspezifischer intermediärer Instanzen hilfreich wäre.

## Kritik V: Veränderung des Aktivierungs- und Beteiligungsbegriffs

Im Zuge der Verbreitung von Strategien des Quartiermanagement wurde der Vorwurf laut, die Arbeitsprinzipien der GWA hätten sich dahingehend verändert, dass nun nicht mehr die Förderung einer kritischen Bevölkerung zum mächtig sein angestrebt werde, sondern nur noch Bürgerbeteiligung als Interessensausgleich zu vorgegebenen Themen. Aufgabe der Professionellen sei nach wie vor die Aktivierung der Bewohner/innen, diese würden nun aber nicht mehr als bereits tätige Subjekte verstanden.<sup>59</sup> Nun liegt im Programm Soziale Stadt tatsächlich

56 Vgl. Grimm/Hinte/Litges, 2004: 59.

57 Vgl. Hinte 1994: 79.

58 Grimm 2003:52f.

59 Vgl. Rathgeb 2005: 321.

Vieldeutig-  
keit des  
Aktivierungs-  
begriffs

ein gewaltiger Webfehler vor: Obwohl Aktivierung und Beteiligung der Bewohner/innen wichtige Ziele des Programms darstellen, sind Kommunen, die an der Sozialen Stadt teilnehmen möchten, aufgefordert, schon vor Programmbeginn ein »Handlungskonzept« einzureichen, dass natürlich nicht unter Beteiligung der Akteure des betreffenden Stadtteils entwickelt wird.<sup>60</sup> Wo Bürgerbeteiligung derart unterlaufen wird, gerät die gemeinwesenarbeitsche Zunft dann schnell ins Fahrwasser des »aktivierenden Sozialstaats« mit der Verdrehung der Logik vom »Fördern und Fordern« hin zum »Fordern und dann vielleicht Fördern«. <sup>61</sup> Problematisch ist in diesem Zusammenhang die Vieldeutigkeit des Aktivierungsbegriffs. GWA ist interessiert an einem möglichst hohen Partizipationsgrad der BürgerInnen und sucht daher Menschen, die in Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen eine aktive Rolle einnehmen wollen, dies jedoch mangels weiterer Gleichgesinnter und strategischer Kenntnisse oder aufgrund eigener Ohnmachtserfahrungen unterlassen. Diese Suche nach potenziell aktivitätsbereiten Menschen und ihren Interessen nennt man in der GWA »Aktivierung«. Der Begriff ist allerdings missverständlich und wird häufig als »Motivierung« uminterpretiert. Motivierung von außen trägt jedoch tendenziell paternalistische Züge. Hinte plädiert daher für ein verändertes Aktivierungsverständnis: Aktivieren heißt Aktivität erkunden. Aktivierende Befragung nennt man daher besser »Aktivitätserkundende Befragung«. <sup>62</sup> Wer Menschen ohne Respekt vor ihren Lebensentscheidungen zu irgendwelchen Handlungen bewegen oder gar zwingen will, darf dieses Ansinnen nicht auch noch mit dem Begriff der Aktivierung adeln.

Inszenierung  
von Aktivität

Ein zweiter Einwand gegen die Aktivierungslogik wird durch die These zum Ausdruck gebracht, dass die aktuellen Programme zur Quartiersentwicklung nur noch auf die wechselseitige Selbsthilfe der Bewohner/innen fokussieren und damit die deprivierten AkteurInnen in ihre eigenen deprivierten Lokalgemeinschaften ausinkludieren. <sup>63</sup> Wohlfahrt weist in diesem Zusammenhang auf eine veränderte Erfolgsbewertung der Stadtentwicklungs-Programme hin, die sich nicht mehr in erster Linie an Verbesserungen der Gebäudesubstanz, des Wohnumfelds, der Frequenz von Infrastruktureinrichtungen u.Ä. zu bemessen habe, sondern »an den jeweils angemessenen Prozessen der Aktivierung (bzw. Mobilisierung) der Quartiersbewohner/innen und dem Maß, in dem die Bewohnerschaft ihre eigenen Möglichkeiten und Kompetenzen nutzen (können), um unabhängiger zu werden (enabling)«. <sup>64</sup> Die Kritik ist einleuchtend, Programme, die nur noch den Aktivitätslevel der Bürger/innen als Qualitätsmaßstab nehmen, verführen die Professionellen schnell zu einer Dauerbespielung der Wohnbevölkerung und zu einer folgenlosen Inszenierung von Bürgeraktivität im Stadtteil. Stadtentwicklungsprozesse müssen sich an dem Gebrauchswert messen lassen, den sie für die Akteure im Stadtteil (und das sind maßgeblich die Bewohner/innen) haben. Allerdings können diese verkürzten Adaptionen der Aktivierung im Rahmen des Quartiermanagement nur dort auftreten, wo auf den Einsatz intermediärer In-

60 Diese Widersinnigkeit wird durch ein aktuelles Soziale Stadt Projekt in Düren nun erstmals aufgehoben, dort ist das Erstellen des Handlungsprogramms Teil des Aktivierungs- und Beteiligungsprozesses.

61 Zu den Deformationen Aktivierender Sozialer Arbeit s. Kessl/Otto, 2002.

62 Hinte, 2005: 156.

63 Vgl. Abeling/Ziegler, 2004: 284.

64 Alisch, 2003 zitiert nach Wohlfahrt, 2004: 128.

stanzen verzichtet wird. Denn gerade die intermediären Instanzen bleiben nicht bei einer Engagementförderung stehen, die mit einer Ausblendung oder Vernachlässigung der beschränkenden Umstände des Gemeinwesens einhergeht: »Wer darüber hinaus benachteiligte Wohnquartiere nachhaltig verbessern, städtische Geldströme entsprechend umleiten und dafür dauerhafte Strukturen aufbauen will, muss über das GWA-typische Instrumentarium hinaus weitere Ressourcen »anzapfen«, die außerhalb des Stadtteils liegen.«<sup>65</sup> Die Intermediären richten ihre Aktivierungsbemühungen nicht nur auf endogene, sondern auch auf exogene Potentiale. Gerade das ist einer der wesentlichen Gründe für die Entwicklung der GWA zu einer intermediären Instanz: Zugänge zu Machtsphären und Ressourcen auch außerhalb des Stadtteils zu bekommen, über die die »alte« Gemeinwesenarbeit nicht oder nur eingeschränkt verfügt hat.

Aktivierung  
exogener  
Ressourcen

## Widerstand organisieren oder Dialog managen?

Gemeinwesenarbeit als intermediäre Instanz setzt bei der Überwindung sozialer Ungleichheiten nicht allein auf das Erstarken der bürgerschaftlichen Selbstorganisationen benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Mit Rückgriff auf Zivilgesellschafts-Diskurse lässt sich jedoch eine scheinbare Unversöhnlichkeit der Positionen »GWA als (parteilicher) Aufbau von Bürgerorganisationen« versus »GWA als intermediäre Instanz« überwinden.

Jürgen Habermas fasst als den institutionellen Kern der Zivilgesellschaft die nicht-ökonomischen und nicht-staatlichen »mehr oder weniger spontan entstandenen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen zusammen, welche die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten.«<sup>66</sup> Die wesentliche Funktion dieses Assoziationswesens besteht darin, gesellschaftlich erzeugte Problemlagen, die nirgendwo so unmittelbar und expressiv erfahren und bilanziert werden können wie in der Lebenswelt, diese Problemlagen also von der »Peripherie« in den politisch-administrativen Komplex einzuspeisen. Aus dieser Beschreibung heraus müsste man nun in der Gemeinwesenarbeit dem Aufbau von Bürgerorganisationen den Vorzug geben, will man den Einfluss der Bürger/innen auf die maßgeblichen Entscheidungsebenen erhöhen. Interessanterweise setzt Habermas jedoch nicht allzu sehr auf das Erstarken bürgerschaftlicher Selbstorganisation:

Einschränkungen  
bürger-  
schaftlicher  
Selbst-  
organisation

»Solche Assoziationsverhältnisse bilden gewiss nicht das auffälligste Element einer Öffentlichkeit, die von Massenmedien und großen Agenturen beherrscht, durch Institutionen der

Markt- und Meinungsforschung beobachtet und mit der Öffentlichkeitsarbeit, Propaganda und Werbung der politischen Parteien und Verbände überzogen wird.«<sup>67</sup>

Aufgrund dieser »vermachteten Öffentlichkeit« beurteilt Habermas die Chancen der Assoziationen, mit ihren Anliegen wahrgenommen zu werden, sehr skeptisch. Daher macht er das Gedeihen seiner deliberativen Zivilgesellschaftskonzeption »nicht von einer kollektiv handlungsfähigen Bürgerschaft abhängig, sondern von der Institutionalisierung entsprechender Verfahren und Kommunikationsvoraus-

65 Hinte et al., 2005: 551.

66 Habermas, 1998: 443.

67 Ders.: 444.

setzungen, sowie vom Zusammenspiel der institutionalisierten Beratungen mit informell gebildeten öffentlichen Meinungen.«<sup>68</sup> Genau diese Aufgaben erfüllen intermediäre Instanzen: Sie organisieren bzw. verbessern das Zusammenspiel der informell oder weniger formell gebildeten Meinungen (diese Meinungsbildung erfolgt z.B. beim Seniorenfrühstück im Bürgerladen, auf dem Stadtteilstift oder auf der Bürgervereinsitzung) mit den stark institutionalisierten Entscheidungsprozessen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft.

Feste  
Zuständigkeit  
für den  
Dialog

Damit erfüllen intermediäre Instanzen zwar noch nicht die Habermassche Forderung nach einer *Institutionalisierung von Verfahren* zur Rückbindung des politisch-parlamentarischen Komplexes an die Lebenswelt. Aber zumindest besteht durch die Beauftragung intermediärer Instanzen eine institutionalisierte Verantwortlichkeit für das Aufrechterhalten und fortwährende Ankurbeln des Dialogs zwischen Lebenswelt und System.

Öffnung der  
Institutionen

Roland Roth weist darauf hin, dass die politischen Wirkungen freiwilliger bürgerschaftlicher Vereinigungen nicht allein von diesen selbst abhängen, da diese Assoziationen nicht in einem luftleeren gesellschaftlichen Raum agieren, sondern sich in der Regel um besondere institutionelle Umwelten ansiedeln und von diesem beeinflusst werden (z.B. vom Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen).

»Die innere Verfassung dieser institutionellen Orte (z.B. von Schulen), die je nach Lebensphase einen Großteil unseres Alltagslebens prägen, dürfte mitentscheidend für das spezifische politische Gewicht sein, das zivilgesellschaftlichen Assoziationen und Bürgerenga-

gemeint zukommt. [...] So ist in demokratiepolitischer Perspektive z.B. die »innere« und »äußere« Verfasstheit von Schulen eine wichtige Voraussetzung um soziales Kapital und Bürgerengagement in diesem Bereich zu fördern.«<sup>69</sup>

Auch Heinze/Olk stellen das einseitige Hoffen auf die engagierten Bürger in Frage:

»Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass es wenig förderlich ist, ausschließlich die kleinen und zum Teil schwachen »Pflänzchen« bürgerschaftlicher Selbsthilfe und Initiative [...] zu fördern, aber gleichzeitig Modernisierungen großer sozialer Einrichtungen und Dienste nach ganz anderen – z.B. rein betriebswirtschaft-

lichen – Kriterien zu betreiben. Ist es wirklich unabänderlich, dass Krankenhäuser, Altenheime, Schulen und andere Einrichtungen heute immer noch überwiegend »soziale Wüsten« hinsichtlich der Teilhabe und Mitwirkung von Bürgern darstellen [...]?»<sup>70</sup>

Mit diesen Aussagen wird deutlich, dass die »intermediäre Wende« in der GWA keineswegs bedeutet, die Unterstützung von Bürger/innen bei der Organisation ihrer Interessen aufzugeben. Mit der GWA als intermediären Instanz wird diese Aufgabe nur ergänzt um die Bemühungen, das institutionelle Umfeld empfänglicher für die Einflussnahme der mehr oder weniger informellen Meinungen aus der Lebenswelt zu machen. Ohne eine Erhöhung der Sensitivität des institutionellen Umfelds laufen Bürgerorganisationen Gefahr, zwar interessant, aber unerheblich zu sein. Bürgerorganisationen sind unverzichtbar für die politische Willensbildung der Bürger/innen untereinander (horizontale Ebene). Zur Förderung von Prozessen vertikaler Willensbildung (von Bürger/innen zu Entscheidungsträger) spricht jedoch einiges für den zusätzlichen Einsatz intermediärer In-

68 Habermas, 1998: 362.

69 Roth, 2003: 64.

70 Heinze/Olk, 2001: 23.



stanzen. Im Anschluss an Preis lässt sich diese intermediäre Funktion der GWA begreifen als die notwendige Zusammenführung der professionellen Unterstützung benachteiligter Bevölkerungsgruppen in ihrem Klassenkampf mit Realpolitik:

»Voneinander isoliert werden Armeaufstände zu herrschaftstechnisch problem- und folgenlos niederzumachenden Hungerrevolten. Deswegen braucht es gleichzeitig Realpolitiker, die das in der Offensive gewonnene Terrain absichern, Brückenköpfe halten, [...] den Gegner di-

plomatisch isolieren, und ein Rollback verhindern. [...] Ohne lebensweltlich inspirierte Impulse mit einer Tendenz zur Regelverletzung würden die realpolitischen Intermediären wiederum zum Lakaien des Status Quo und seiner Modernisierung.«<sup>71</sup>

Die Handlungsansätze »GWA als (parteiliche) Unterstützung der Organisation von Bürgerinteressen« und »GWA als intermediäre Instanz« schließen sich keinesfalls aus, sondern bezeichnen zwei aufeinander verwiesene Funktionsbereiche innerhalb der GWA.

**Bürger und Institutionen aktivieren**

## Intermediäre Instanzen als Verdoppelung des doppelten Mandats

Keine Variante der Sozialen Arbeit (also auch nicht die Gemeinwesenarbeit) kann der Tatsache entkommen, dass sie eine gesellschaftlich vermittelte und in der Regel staatlich finanzierte Tätigkeit ist. Damit ergibt sich für die Soziale Arbeit eine strukturelle Doppelfunktion, die als »doppeltes Mandat«<sup>72</sup> bezeichnet wird. Doppeltes Mandat meint dabei, dass die Soziale Arbeit sowohl die Funktion der Hilfe und Unterstützung für ihre Adressat/innen innehat, gleichzeitig aber auch immer eine (staatliche) Kontrollfunktion gegenüber diesen Menschen einnimmt und die staatliche Gewalt in die Lebenswelt der Menschen trägt: Soziale Arbeit ist also immer gleichzeitig Hilfe und Kontrolle. So erkannte schon Hauß, 1974 für die Gemeinwesenarbeit: »Sie ist Teil des (lokalen) politischen Systems und zugleich Widerstand dagegen.«<sup>73</sup> Diesem Handlungsdilemma kann sich keine noch so aufgeklärte Gemeinwesenarbeit entziehen, auch nicht durch den Versuch, sich mit dem Bekenntnis zur Parteilichkeit in der lebensweltlichen Sphäre zu verorten.

Ebenso zum Scheitern verurteilt ist der Versuch, intermediäre Instanzen als »neutral« zu konzipieren, um sie so vom Ruch der Nähe zum Regierungshandeln zu befreien. Teil dieses Ansinnens ist eine Verortung der intermediären Instanzen quasi in Form einer dritten »neutralen« Sphäre genau zwischen Bürokratie und Lebenswelt. Dabei wird die Übernahme einer intermediären Funktion verwechselt mit der Vorstellung von einem intermediären Ort. Fabian Kessl macht darauf aufmerksam, dass es solch einen intermediären Ort, verstanden als ein »Dazwischen« zwischen lebensweltlichem Bereich und sozialstaatlichen Institutionen, nicht gibt. Soziale Arbeit sollte sich nicht der Selbsttäuschung hingeben, sie könne einen Bereich einnehmen, der substantiell von staatlichem Regierungshandeln unterscheidbar wäre.<sup>74</sup> »Soziale Arbeit ist Regierungshandeln. Wir entkommen uns nicht.«<sup>75</sup>

**Intermediäre Instanzen sind nicht neutral**

71 Vgl. Preis, 2006: 1.

72 Vgl. Böhnisch/Lösch, 1973.

73 Hauß, 1974: 275.

74 Vgl. Kessl, 2005: 77f.

75 Kessl, 2005: 90.

Entziehen kann sich diesem Dilemma somit nur, wer den Bereich der (wohl-fahrts-) staatlich organisierten Sozialen Arbeit verlässt und sich ausschließlich von Nutzergruppen und/oder (unabhängigen) Stiftungen finanzieren lässt, wie dies z.B. die Nordamerikanischen Community-Organizer tun. Dies ist in Deutschland bisher allerdings nicht, bzw. nur ansatzweise gelungen. Somit ist der Gegenbeweis zu Hintes Skepsis, dass die konsequente Loslösung von staatlich finanzierter Sozialer Arbeit in Deutschland »bestenfalls in ein unbezahltes Exotendasein«<sup>76</sup> führen würde, zumindest bisher noch nicht angetreten.<sup>77</sup>

Ambivalenz  
der Inter-  
mediarität

Dass Dilemma des doppelten Mandats Sozialer Arbeit wird nun durch die Funktionszuschreibung der Intermediarität in besonderer Weise aufgegriffen. Denn in Analogie zu dieser doppelten Funktion, zeichnet sich Intermediarität aus durch eine »Ambivalenz von Abhängigkeit und Autonomie, Integration in den staatlichen Herrschaftsapparat und Widerständigkeit und Distanzierung«.<sup>78</sup> Die Existenz spezieller Brückeninstanzen kann somit »zugleich Ausdruck der Unfähigkeit und Unwilligkeit von Großorganisationen sein, sich ›zu vermitteln‹, und Teil eines Versuches, bislang unterbewerteten Bedürfnissen und Interessen Einfallstore in Welten zu öffnen, die ihnen bislang verschlossen waren; sie können zugleich Teil neuartiger Konzepte des Machterhalts und der Demokratisierung sein«.<sup>79</sup>

Der Clou des Konzepts der intermediären Instanzen ist in diesem Zusammenhang Folgender: Das Dilemma des doppelten Mandats von Hilfe und Kontrolle wird nicht verdrängt, sondern verdoppelt. Mit dem Konzept der Intermediarität gibt die GWA den verlockenden Versuch auf, dem Dilemma zu entkommen, indem sie den ihr eigenen Kontrollaspekt leugnet. Gemeinwesenarbeit als intermediäre Instanz verdrängt die Tatsache des doppelten Mandats nicht, bezieht ihre Doppelfunktion von Hilfe und Kontrolle aber nicht nur auf ihre Adressat/innen, sondern auch auf den »anderen« Nutzer der Sozialen Arbeit: den bezahlenden Kunden, also den lokalen Staat. Es gilt, auch diesem Akteur zu »helfen«, was dann zurecht als Unterstützung von Regierungshandeln durch Soziale Arbeit gekennzeichnet wird. Gleichzeitig übernehmen die Intermediären gegenüber der kommunalen Politik und Verwaltung aber auch eine kritisierende und kontrollierende Funktion. War es zum Beispiel für parteiliche GWA zumindest früher ein Graus, auch Beratungsinstanz für Politik zu sein, so ist genau dies heute eine der Stärken der Gemeinwesenarbeit, die sie so auch selbstbewusst vertreten sollte.

Selbstverständlich sind die Möglichkeiten der Kontrolle für die Soziale Arbeit gegenüber lokaler Staatlichkeit andere als gegenüber den Adressat/innen. Um als intermediäre Instanz der Welt der Institutionen, bzw. dem politisch-parlamentarischen Komplex in aggressiver Konzilianz begegnen zu können, diesen also zu beraten, zu befragen, zu kritisieren, zu beschimpfen und gelegentlich auch zu bekämpfen, bedarf es sowohl einer breiten Akzeptanz, als auch einer stabilen Einflussbasis, damit die Intermediären nicht beim ersten Konflikt von der Kommu-

76 Hinte, 1994: 88.

77 Das »Forum Community Organizing e.V. (foco)« startet derzeit solch einen Versuch in Deutschland, ob »unbezahltes Exotendasein« damit überwunden wird, ist zu diesem Zeitpunkt noch offen.

78 Vgl. von Trotha, 1995: 18.

79 Evers zit. in Grimm, 2004: 70.

ne, die in der Regel ja auch Auftraggeber der lokalen Gemeinwesenarbeit ist, mundtot gemacht werden können.

Einfluss im Sinne von Gewicht bekommen intermediäre Instanzen durch sichtbare Erfolge, die sich als Effekte ihres Handelns darstellen lassen. Für eine zunehmende Verbreitung einer gewichtigen intermediären Funktion der GWA ist jedoch eine weitere theoretische Schärfung des janusköpfigen Konzepts der intermediären Instanzen notwendig. Diese wird allerdings dadurch erschwert, dass sich nur wenig sozialwissenschaftliche Anknüpfungspunkte finden lassen. Die meisten sozialwissenschaftlichen Theorien wenden sich in erster Linie den Prozessen gesellschaftlicher *Differenzierung* zu und erklären intermediäres Agieren tendenziell zur Unmöglichkeit. Zurecht betonen sie die jeweils spezifischen Logiken der unterschiedlichen Arenen. Aber die Prozesse der gesellschaftlichen Differenzierung werden spätestens dann zu einseitig betrachtet, wenn

- die Formen der Vermittlung nahezu ausgeklammert werden (postmoderne Theorien)
- diese nur schwach konzeptualisiert sind (z.B. als »strukturelle Kopplung« in der Systemtheorie)
- oder nur sehr sporadisch und deskriptiv berücksichtigt werden (wie in der Theorie des kommunikativen Handelns und der Theorie reflexiver Modernisierung).<sup>80</sup>

Eine Präzisierung des Konzepts der intermediären Instanz kann jedoch nur auf der Grundlage von Theoriegebäuden entstehen, die die Möglichkeit der Verschränkung und Vermittlung der verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereiche anerkennen, anstatt sie zu vernachlässigen.

Die Frage, ob Gemeinwesenarbeit als intermediäre Instanz für die Verwaltungs- und Regierungsmaschinerie des Staates denn nun eher gut geöltes Kugellager oder doch Sand im Getriebe ist, muss mit einem entschiedenen »sowohl, als auch« beantwortet werden. Intermediär zu agieren, ist immer ein Wandeln auf schmalen Grad. Auch die GWA kann sich Adornos Diktum, dass Erziehung die Versöhnung mit einer unversöhnten Gesellschaft betreibe, nicht entziehen.

Durch das Ineinandergreifen von parteilichen und intermediären Funktionen kann die GWA ihre Wirkungsmacht erhöhen. Allerdings bringt das Konzept der Intermediarität in besonderer Weise die Gefahr einer bewusstlosen und rein affirmativen Umsetzung mit sich. Wenn es der GWA gelingt, sich mit konzeptioneller Klarheit und breiter Legitimationsbasis immer wieder genau in das Spannungsverhältnis von Regelverletzung und Realpolitik zu begeben, erscheint es lohnenswert, das mit dem intermediären Ansatz verbundene Risiko einer administrativen Schlagseite einzugehen.

System-  
differen-  
zierung  
versus Inter-  
mediarität

Zwischen  
Regel-  
verletzung  
und Real-  
politik

<sup>80</sup> Bieling, 2000: 171.

Literatur

- Abeling, M./Ziegler, H., 2004: Governance des sozialen Raums, in: Kessl, F./Otto, H.-U. (Hrsg.): Soziale Arbeit und Soziales Kapital. Zur Kritik lokaler Gemeinschaftlichkeit. Wiesbaden: 269–289
- Bauer, R., 1997: Zivilgesellschaftliche Gestaltung in der Bundesrepublik: Möglichkeiten oder Grenzen? Skeptische Anmerkungen aus der Sicht der Non-profit-Forschung, in: Schmals, K. M./Heinelt, H. (Hrsg.): Zivile Gesellschaft, Opladen: 133–153
- Bieling, H.-J., 2000: Dynamiken sozialer Spaltung und Ausgrenzung – Gesellschaftstheorien und Zeitdiagnosen, Münster
- Bitzan, M./Daigler, C., 2001: Eigensinn und Einmischung. Einführung in Grundlagen und Perspektiven partizipativer Mädchenarbeit, Weinheim/München
- Bitzan, M./Hinte, W./Klöck, T./May, M./Stövesand, S., 2005: Diskussionsbeitrag Gemeinwesenarbeit. In: Kessl, F./Reutlinger, Ch./Maurer, S./Frey, O. (Hrsg.): Handbuch Sozialraum, Wiesbaden: 529–557
- Böhnisch, L./Lösch, H., 1973: Das Handlungsverständnis des Sozialarbeiters und seine institutionelle Determination. In: Otto, H.-U./Schneider, S. (Hrsg.): Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit 2. Neuwied/Berlin: 21–40
- Franke, Th./Grimm, G., 2002: Quartiermanagement: Systematisierung und Begriffsbestimmung, in: Bertelsmann Stiftung/Hans-Böckler-Stiftung/KGST (Netzwerkknoten Quartiermanagement Hg.): Quartiermanagement – Ein strategischer Stadt(teil)entwicklungsansatz. Organisationsmodell und Praxisbeispiele, Hannover: 5–12
- Fronczek, M./Lensing, S., 1991: Praxis der Gemeinwesenarbeit. In: Rundbrief 1/1991
- Grimm, G., 2004: Stadtentwicklung und Quartiermanagement. Entwicklung und Aufbau lokalspezifischer Organisations- und Steuerungsstrukturen, Essen
- Grimm, G./Hinte, W./Litges, G., 2004: Quartiermanagement, Berlin
- Habermas, J., 1998: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt/M.
- Hauß, F., 1974: Zur Strategie fortschrittlicher Sozialarbeit. In: Victor Gollancz-Stiftung (Hrsg.): Reader zur Theorie und Strategie von Gemeinwesenarbeit, Frankfurt: 250–275
- Heinze, R. G./Olk, Th., 2001: Bürgerengagement in Deutschland – Zum Stand der wissenschaftlichen und politischen Diskussion. In: Heinze/Olk (Hrsg.): Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven, Opladen: 11–26
- Hinte, W., 1994: Intermediäre Instanzen in der Gemeinwesenarbeit: die mit den Wölfen tanzen, in: Bitzan, M./Klöck, T. (Hrsg.): Jahrbuch Gemeinwesenarbeit 5: 77–89
- Hinte, W., 1996a: Management mit Charme, in: Sozial Extra Nov.: 9–11
- Hinte, W., 1996b: Mit Bürgern gemeinwesenbezogen arbeiten: Perspektiven statt Visionen. In: Wendt, W.R. u.a.: Zivilgesellschaft und soziales Handeln, Freiburg i. B. 1996b: 96 – 111
- Hinte, W./Lüttringhaus, M./Oelschlägel, D., 2001: Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit: ein Reader für Studium, Lehre und Praxis, Münster
- Hinte, W., 2005: Gemeinwesenarbeit – zeitgenössische Verirrungen in der aktuellen Diskussion. In: Thole, W./Cloos, P./Ortmann, F./Strutwolf, V. (Hrsg.): Soziale Arbeit im öffentlichen Raum, Wiesbaden: 151–164
- Huber, J., 1980: Wer soll das ändern? Die Alternativen der Alternativbewegung, Berlin
- Kessl, F./Otto, H.-U., 2002: Aktivierende Soziale Arbeit – Anmerkungen zu neosozialen Programmierungen Sozialer Arbeit. In: neue praxis, Jg. 32, H. 5: 444–457
- Kessl, F./Otto, H.-U./Ziegler, H., 2002: Einschließen oder Aufmachen? Der Raum, sein Kapital und deren Nutzer, in: Riege, M./Schubert, H. (Hrsg.), 2002: Sozialraumanalyse: Grundlagen – Methoden – Praxis, Opladen: 177–190
- Kessl, F., 2005: Der Gebrauch der eigenen Kräfte. Eine Gouvernementalität Sozialer Arbeit, Weinheim/München
- Lüttringhaus, M., 2000: Stadtentwicklung und Partizipation, Bonn
- Maier, K., 2003: Was sind und was leisten intermediäre Instanzen? In: Maier, Konrad/Michelsen, Gerd: Nachhaltige Stadtentwicklung, Frankfurt/M.: 300–313
- Mohrlok, M./Neubauer, M./Neubauer, R./Schönfelder, W., 1993: Let's organize! Gemeinwesenarbeit und Community Organization im Vergleich, München
- Müller, C. W., 2000: Gemeinwesenarbeit als Auslaufmodell und Alternative. Ein Ritt durch die Methodengeschichte: Von der Gemeinwesenarbeit über Case Management zum Quartiersmanagement. In: Sozialmagazin, 25. Jg., Heft 4: 16–20
- Oelschlägel, D., 1994: Veränderungen im Politikverständnis der Gemeinwesenarbeit (GWA) seit 1968 in biografischer Perspektive. In: Rundbrief Gilde Soziale Arbeit, 1/1994: 18–25
- Otto, H.-U., 2002: Sozialraumorientierung in der Sozialen Arbeit – Interview mit Hans-Uwe Otto, in: Unse-re Jugend, Heft 9/2002: 375–380
- Preis, M., 2005: Fragen eines lesenden Netztechnikers. Unveröffentlichtes Manuskript
- Preis, M., 2006: Bemerkungen zu S. Stövesand: Gemeinwesenarbeit gleich Quartiersentwicklung? Unveröffentlichtes Manuskript
- Projekt »Netzwerke im Stadtteil« (Hrsg.), 2005: Grenzen des Sozialraums. Kritik eines Konzepts – Perspektiven für Soziale Arbeit, Wiesbaden
- Rathgeb, K., 2005: Sozialer Raum als Ressource. Vom Nutzen der Gemeindestudien für die Soziale Arbeit. In: Anhorn, R./Bettinger, F. (Hrsg.): Sozialer Anschluss und Soziale Arbeit, Wiesbaden: 319–333

- Rauschenbach, T./Treptow, R., 1984: Sozialpädagogische Reflexivität und gesellschaftliche Rationalität. Überlegungen zur Konstitution sozialpädagogischen Handelns. In: Müller/Otto/Peter/Sünker: Handlungskompetenz in der Sozialarbeit/Sozialpädagogik II, Bielefeld
- Rose, N., 2000: Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Bröckling, U./Krasmann, S./Lemke, T. (Hrsg.): Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt/M.
- Roth, R., 2003: Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 2/2003
- Selle, K., 1994: Was ist bloß mit der Planung los? Erkundungen auf dem Weg zum kooperativen Handeln. Ein Werkbuch, Dortmund
- Stövesand, S.: Gemeinwesenarbeit = Quartiersentwicklung? oder: Von der Nachbarschaft als Hausfrau der neoliberalen Umstrukturierung im Quartier <http://www.stadteitarbeit.de/seiten/theorien/stoeve>  
[sand/gemeinwesenarbeit-quartiersmanagement.htm](http://www.stadteitarbeit.de/seiten/theorien/stoeve/sand/gemeinwesenarbeit-quartiersmanagement.htm) (2002, 01. Dezember)
- Stövesand, S.: Stadtteile machen mobil. Von GWA, Gewalt und Gouvernamentalität. In: Odierna, S./Berendt, U., 2004: Gemeinwesenarbeit, Entwicklungslinien und Handlungsfelder, Neu-Ulm: 233–252
- von Trotha, T., 1995: Staatliches Gewaltmonopol und Privatisierung. Notizen über gesamtstaatliche Ordnungsformen der Gewalt. In: Sack, F. (Hrsg.): Privatisierung staatlicher Kontrolle: Befunde, Konzepte, Tendenzen. Baden-Baden: 14–37
- Widersprüche, 1997: Zur politischen Produktivität der Gemeinwesenarbeit, Heft 65
- Wohlfahrt, N., 2004: Bürgeraktivierung statt Nutzerorientierung? In: Kessl, F./Otto, H.-U. (Hrsg.): Soziale Arbeit und Soziales Kapital – Zur Kritik sozialer Gemeinschaftlichkeit, Wiesbaden: 123–138
- Ziegler, H., 2001: Drei Mann in einem Boot. Warum sich die soziale mit der sicheren Stadt und beide mit dem ›aktivierenden‹ Sozialstaat so gut verstehen. In: Widersprüche, Heft 82

*Verf.: Oliver Fehren, Institut für stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen, Holzstr. 7-9, 45141 Essen  
E-Mail: [oliver.fehren@uni-due.de](mailto:oliver.fehren@uni-due.de)*